

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 27.04.2017

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:01 Uhr
Ende:	18:40 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Hose
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 15.02.2017	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
5.1.	Vergabe Leichtathletikhalle 2017 - Ergänzung zur DS 2399/16 BE: Werkleitung Erfurter Sportbetrieb	0592/17

- 5.2. 1. Bildungspolitische Stunde im Erfurter Ausschuss für Bildung und Sport **0704/17**
 BE: Vertreter der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 hinzugezogen:
 Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuS vom **0142/17**
 11.01.2017 - TOP 8.1. Fußballgitter auf dem Schulhof der Friedrich-Schiller-Schule (Drucksache 2667/16)
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
 hinzugezogen:
 Staatliche Gemeinschaftsschule 1, Friedrich-Schiller-Schule Erfurt, Schülersprecherin
- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuS vom **0388/17**
 15.02.2017 - TOP 8.2. Rückfragen zum Innen- und Außen-
 gelände der Grund- und Regelschule in Kerspleben
 (Drucksache 0287/17) - hier: Frage 2
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften/ Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft/ Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
 hinzugezogen:
 Staatliche Grundschule Kerspleben, Schulleiterin
 Staatliche Regelschule Kerspleben, Schulleiterin
 Ortsteilbürgermeister Kerspleben
- 6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuS vom **0389/17**
 15.02.2017 - TOP 4.2. Verbesserung der Sicherheit für Schulkinder an der Bushaltestelle Feuerwehr/Schule in der Straße zur Waidmühle (Drucksache 0371/17)
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend/ Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft
 hinzugezogen:
 Staatliche Grundschule Kerspleben, Schulleiterin
 Staatliche Regelschule Kerspleben, Schulleiterin
 Ortsteilbürgermeister Kerspleben
7. Informationen

- 7.1. Erweiterung Räumlichkeiten am Standort der John F. Kennedy Gemeinschaftsschule am Rabenhügel 10 **0652/17**
BE: Antragsteller Herr Hose, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
John F. Kennedy Gemeinschaftsschule Erfurt - in freier Trägerschaft, Schulleiterin
Gemeinnützige Kreative Schulgesellschaft Thüringen mbH, Träger
Staatliche Berufsbildende Schule 7, Walter-Gropius-Schule, Schulleiter
- 7.1.1. Ergänzende Frage zur Drucksache 0652/17 - Erweiterung Räumlichkeiten am Standort der John F. Kennedy Gemeinschaftsschule am Rabenhügel 10 **0764/17**
BE: Antragsteller Herr Hose, Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
John F. Kennedy Gemeinschaftsschule Erfurt - in freier Trägerschaft, Schulleiterin
Gemeinnützige Kreative Schulgesellschaft Thüringen mbH, Träger
Staatliche Berufsbildende Schule 7, Walter-Gropius-Schule, Schulleiter
- 7.2. Beschulung von jungen Flüchtlingen **0677/17**
BE: Antragsteller Herr Hose, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
- 7.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hose, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, hatte beabsichtigt einen Antrag zum Ausfall der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 02.05.2017 zu stellen. Auf Grund von Gesprächen im Vorfeld dieser Sitzung sah er davon ab und äußerte seinen Unmut und stellte die eingeladene Sitzung infrage, da diese keine Entscheidungsvorlage beinhaltet.

Bezüglich der anwesenden Gäste zu einzelnen Tagesordnungspunkten schlug Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, das Vorziehen dieser Tagesordnungspunkte vor.

Das Vorziehen der Tagesordnungspunkte mit Gästen sei ausgeübte Praxis im Ausschuss, so der Ausschussvorsitzende, Herr Hose, und deshalb schlug er den Ausschussmitgliedern nachfolgende Beratungsfolge nach dem Tagesordnungspunkt 4. vor:

- gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 7.1. und 7.1.1.
- gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 6.2. und 6.3.
- Tagesordnungspunkt 5. ...

Die geänderte Beratungsfolge stellte er zur Abstimmung:

bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 15.02.2017

genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 5.1. Vergabe Leichtathletikhalle 2017 - Ergänzung zur DS 0592/17
2399/16
BE: Werkleitung Erfurter Sportbetrieb

siehe Tagesordnungspunkt 2.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hose, rief die Drucksache nach den Tagesordnungspunkten 6.2. und 6.3. auf und stellte keine Nachfragen fest. Er bat um das Votum zur Drucksache:

beschlossen Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Veranstaltung "Deutsche Senioren-Hallenmeisterschaften mit Winterwurf 2017" am 04./05.03.2017 in der Leichtathletikhalle wird nachträglich gem. Pkt. 11, Absatz 2 des Preis- und Tarifkataloges der Tarifordnung für die Benutzung städtischer Sportanlagen - SportanlTarifO - vom 23.04.2001, zuletzt geändert mit der 5. Änderung der SportanlTarifO vom 17.06.2011, zur durch Drucksache 2399/16 beschlossenen Liste für geförderte Sportveranstaltungen in 2017 hinzugefügt und bestätigt.

- 5.2. 1. Bildungspolitische Stunde im Erfurter Ausschuss für 0704/17
Bildung und Sport
BE: Vertreter der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung
und Jugend

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hose, hinterfragte die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung und bat um nähere Erläuterung.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, informierte über die Weiterentwicklung der "Bildungsstadt Erfurt - Lernen vor Ort" und sprach sich für die bildungspolitische Stunde am 23.08.2017 aus und verwies die Anwesenden darauf, dass sie zu dieser Sitzung nicht anwesend sein wird.

Der Projektleiter Bildungsstadt Erfurt - Lernen vor Ort kündigte zur Sitzung einige Gäste an und schlug daher einen größeren Beratungsraum als den Raum 244 vor.¹

¹ redaktionelle Anmerkung:

Durch den Sitzungsdienst wurde der Ratssitzungssaal für den 23.08.2017 vorbestellt.

Frau Hahn, Fraktion DIE LINKE., schlug vor, Vertreter des "Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates der Landeshauptstadt Erfurt" zu diesem Tagesordnungspunkt einzuladen. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Der Ausschussvorsitzende bat um das Votum des Ausschusses zur vorliegenden Drucksache:

beschlossen Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

In der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 23.08.2017 wird der Tagesordnungspunkt "1. Bildungspolitische Stunde" aufgenommen.

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuS vom 11.01.2017 - TOP 8.1. Fußballgitter auf dem Schulhof der Friedrich-Schiller-Schule (Drucksache 2667/16) 0142/17**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
hinzugezogen:
Staatliche Gemeinschaftsschule 1, Friedrich-Schiller-Schule Erfurt, Schülersprecherin

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne die Schülersprecherin der Staatlichen Gemeinschaftsschule 1, Friedrich-Schiller-Schule Erfurt, aufgerufen.

Der Fragesteller und Ausschussvorsitzende Herr Hose, Fraktion CDU, hinterfragte die 19.000,00 EUR zur Errichtung eines Ballfangzaunes und sprach sich für das unmittelbare Aufstellen des Ballfangzaunes aus.

Nach Statements von Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, und dem Abteilungsleiter Dezernatskoordination/ Sitzungsdienst äußerte Frau Thierbach, dass "die 19.000,00 EUR für den Ballfangzaun 2018 im Haushalt 2017/18 gefunden worden sind. Dies sei auch mit der Schülersprecherin der Staatlichen Gemeinschaftsschule 1, Friedrich-Schiller-Schule Erfurt, so besprochen worden."

zur Kenntnis genommen

**6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuS vom
15.02.2017 - TOP 8.2. Rückfragen zum Innen- und Außen-
gelände der Grund- und Regelschule in Kerspleben (Druck-
sache 0287/17) - hier: Frage 2
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und
Liegenschaften/ Beigeordneter für Bürgerservice, Sicher-
heit und Wirtschaft/ Bürgermeisterin und Beigeordnete
für Soziales, Bildung und Jugend
hinzugezogen:
Staatliche Grundschule Kerspleben, Schulleiterin
Staatliche Regelschule Kerspleben, Schulleiterin
Ortsteilbürgermeister Kerspleben**

0388/17

siehe Tagesordnungspunkt 2.

Die Tagesordnungspunkte 6.2. und 6.3. wurden nach den Tagesordnungspunkten 7.1. und 7.1.1. beraten.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hose, informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass sich im Vorfeld der Sitzung die Schulleiterin der Grundschule Kerspleben entschuldigt hat. Er stellte fest, dass kein Vertreter der Regelschule Kerspleben anwesend sei.

Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben, begrüßte die nun funktionierende Außenbeleuchtung des Stützpunktes der Freiwilligen Feuerwehr Kerspleben und gab zu bedenken, dass die ganznächtliche Beleuchtung bei einem Schulweg nicht notwendig sei und die Beleuchtung vielleicht mit einer Zeitschaltuhr geregelt werden könnte. Er setzte die Anwesenden über den aus seiner Sicht nicht sicheren Übergang der Straße durch die Grundschul-er in Kenntnis und schlug eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h vor. Mit der Stellungnahme der Verwaltung kann er sich nicht einverstanden erklären, so seine weiteren Ausführungen.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, verwies auf die vorliegende Stellungnahme vom 06.03.2017 vom Amt für Bildung. Die Verwaltung ist verpflichtet, den offiziellen Schulweg zu prüfen und auszuweisen. Der von Herrn Henkel angesprochene Weg ist nicht der offizielle Schulweg. Die Schulwegkommission hat die Schulwege festgelegt. Sollte ein Änderungsbedarf von Seiten des Ortsteilrates bestehen, bedarf es einer entsprechenden Antragstellung an die Schulwegkommission durch den Ortsteilrat.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich:

- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD: Verweis auf die vorliegende Stellungnahme des Amtes für Bildung; kein Einfluss als Ausschuss; Zustimmung beider Schulleitungen zur Lösung,
- Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: definierter Schulweg; Tempo 30-Zonen vor Schulen; Schulwegsicherung,

- Abteilungsleiter Dezernatskoordinierung/ Sitzungsdienst: straßenverkehrsbehördliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Anordnung von Verkehrszeichen - keine Zuständigkeit des Stadtrates - übertragener Wirkungskreis; laut Stellungnahme vom 06.03.2017 die versprochene Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h abwarten und gegebenenfalls durch den Ortsteilrat Kerspleben eine entsprechende Rückkoppelung,

- Frau Dr. Faber-Steinfeld: schloss sich dem Vorschlag vom Vorredner an.

Der Ausschussvorsitzende informierte über die aus seiner Sicht extrem frustrierende Situation und versprach den Sachverhalt zu beobachten und politisch zu begleiten.

zur Kenntnis genommen

- 6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuS vom 15.02.2017 - TOP 4.2. Verbesserung der Sicherheit für Schulkinder an der Bushaltestelle Feuerwehr/Schule in der Straße zur Waidmühle (Drucksache 0371/17) 0389/17**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend/ Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft
hinzugezogen:
Staatliche Grundschule Kerspleben, Schulleiterin
Staatliche Regelschule Kerspleben, Schulleiterin
Ortsteilbürgermeister Kerspleben

siehe Tagesordnungspunkt 6.2.

zur Kenntnis genommen

- 7. Informationen**

- 7.1. Erweiterung Räumlichkeiten am Standort der John F. Kennedy Gemeinschaftsschule am Rabenhügel 10 0652/17
BE: Antragsteller Herr Hose, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
John F. Kennedy Gemeinschaftsschule Erfurt - in freier Trägerschaft, Schulleiterin
Gemeinnützige Kreative Schulgesellschaft Thüringen mbH, Träger
Staatliche Berufsbildende Schule 7, Walter-Gropius-Schule, Schulleiter

siehe Tagesordnungspunkt 2.

Die Tagesordnungspunkte 7.1. und 7.1.1. wurden zur gemeinsamen Beratung vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Hose, nach dem Tagesordnungspunkt 4. aufgerufen. Er beantragte das Rederecht für die eingeladenen Gäste. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Wegen der regelmäßigen Thematisierung im Ausschuss bedürfe es keiner langen Einführung, so der Fragesteller Herr Hose und bat die Gäste um eine aktuelle Darstellung.

Die Schulleiterin der John F. Kennedy Gemeinschaftsschule Erfurt informierte über das Wachstum ihrer Schule, die Notwendigkeit des diesjährigen Raumbedarfes von zwei bzw. drei Räumen und prognostizierte für die nächsten Jahre den weiteren Bedarf. Sie unterstrich weiterhin die gute Zusammenarbeit mit der Fördereinrichtung.

Der Vertreter des Trägers der Schule, Gemeinnützige Kreative Schulgesellschaft Thüringen mbH, unterstrich die Notwendigkeit der Bereitstellung von zwei weiteren Räumen. An einer gemeinsamen Lösung sei man interessiert. Weiterhin sprach er die geschlossene Turnhalle (fehlender Mietvertrag - Erbbaurecht) sowie die Nutzungsmöglichkeit von Containern an.

Der Schulleiter der Staatlichen Berufsbildenden Schule 7, Walter-Gropius-Schule, äußerte sich zu den Kapazitätsgrenzen der Schulen, auch an seiner Schule. Er führte zu den Fördereinrichtungen der Schule aus und versprach die Bereitstellung eines Klassenraumes. Die mögliche Bereitstellung des Vorbereitungsraumes der Lehrer befindet sich noch in Prüfung.

Der Ausschussvorsitzende bedankte sich bei den Vorrednern, dass alle in der schweren Situation zusammenarbeiten.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, ging auf die Problematik der Schulen im gesamten Stadtgebiet ein (69 Schulen an 80 Standorten). Sie verwies auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung sowie die Gesamtverwaltungsaufgabe, nicht nur des Amtes für Bildung.

An der sich anschließenden Diskussion nahmen teilweise mehrmals teil Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, der Träger, der Schulleiter der Staatlichen Berufsbildenden Schule 7, Frau Thierbach, Herr Hose, Frau Walsmann, Fraktion CDU, Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Schulleiterin der John F. Kennedy Gemeinschaftsschule sowie die Vertreterin des Amtes für Bildung:

- Klärung Erbbaurecht
- temporäre Containerlösung - Rahmenbedingungen
- baurechtliche und feuerwehrtechnische Betrachtung
- Perspektive
- Betrachtung Gesamtlösung
- gleiche Diskussion vor zwei Jahren
- Klärung von Voraussetzungen
- Erhalt Standort
- unterschiedliche Berufsfelder
- Verweis auf den Haushaltbegleit Antrag zum Haushalt 2017/2018
- mögliche Nutzung der Baracke - jetziger Lagerraum
- Umzugsmanagement.

Drucksache 1001/17	<p>In Auswertung der Diskussion zur John F. Kennedy Gemeinschaftsschule schlug der Ausschussvorsitzende nachfolgende Festlegungen vor und stellte diese zur Abstimmung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wann ist mit der Erteilung des Erbbaurecht zu rechnen? 2. Welche Rahmenbedingungen sind Voraussetzung für das Aufstellen von Containern, auch ohne Erbbaurecht? <p>Die Beantwortung sollte zum Ende des Schuljahres 2016/2017 der Schule sowie den Ausschussmitgliedern vorliegen und in der ersten Sitzung nach der Sommerpause im Ausschuss beraten werden.</p> <p>T.: 23.08.2017 V.: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften/ Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend</p>
-------------------------------	--

bestätigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0.

Der Ausschussvorsitzende bedankte sich bei allen Beteiligten einschließlich der Sozialarbeiter.

zur Kenntnis genommen

- 7.1.1. Ergänzende Frage zur Drucksache 0652/17 - Erweiterung 0764/17
Räumlichkeiten am Standort der John F. Kennedy Gemein-
schaftsschule am Rabenhügel 10
BE: Antragsteller Herr Hose, Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung und Jugend
John F. Kennedy Gemeinschaftsschule Erfurt - in freier Trä-
gerschaft, Schulleiterin
Gemeinnützige Kreative Schulgesellschaft Thüringen
mbH, Träger
Staatliche Berufsbildende Schule 7, Walter-Gropius-
Schule, Schulleiter

siehe TOP 7.1.

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Beschulung von jungen Flüchtlingen 0677/17
BE: Antragsteller Herr Hose, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung
und Jugend

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, verlas die Stellungnahme der Verwaltung und kündigte an, diese im Anschluss zu Protokoll zu geben:

"1. Wer ist für die Verteilung von jungen Flüchtlingen auf die Schulen in Erfurt zuständig und wie hat sich das bisherige Verfahren in der Praxis bewährt?"

Für die Verteilung der jungen Flüchtlinge auf die Schulen in Erfurt ist de facto das Staatliche Schulamt Mittelthüringen (SSA) in Weimar zuständig, da die Absicherung der Schulpflicht in der Verantwortung des Freistaates Thüringen liegt.

Das Amt für Bildung hat im Zeitraum von August 2015 bis Dezember 2016 das SSA im Sinne einer übergreifenden Amtshilfe bei der Aufgabe der Koordination und Vermittlung von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache unterstützt, um den Schulplatzbedarf kurzfristig abzusichern. Die Amtshilfe war aufgrund der Zuständigkeiten wieder zu beenden.

Es hat sich gezeigt, dass ein Bedarf für eine Vor-Ort-Beratung des SSA in Erfurt besteht. Dazu wurden bereits Gespräche mit dem SSA geführt.

2. Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Bildung und dem staatlichen Schulamt Mittelthüringen bei der Beschulung junger Flüchtlinge?

Die behördliche Zusammenarbeit funktioniert wie folgt:

- Das Amt für Bildung unterstützt seit Januar 2017 bei der Ermittlung der Meldeadressen, damit das SSA die Vormünder/Sorgeberechtigten über einen zur Verfügung stehenden Schulplatz informieren kann.
- Das Amt für Bildung bekommt alle erfolgten Zuweisungen vom SSA zur Kenntnis, um in Bezug auf die Übernahme von der Schülerbeförderung agieren zu können.
- Das SSA fragt beim Amt für Bildung an, welche Schulstandorte geeignet sind, bzw. entsprechende Kapazitäten haben, um zusätzliche Sprachklassen bilden zu können. Gemeinsam werden die Standorte besprochen.
- Das Amt für Bildung nimmt Schulanmeldungen und Anfragen zum Thema Schule von Erfurter Bürgern für schulpflichtige Kinder entgegen und leitet diese an das SSA weiter, damit die Fahrtwege für Eltern, Vormünder und Betreuungspersonen in das SSA nach Weimar entfallen.
- Keinen Einfluss hat das Amt für Bildung darauf, welche Schüler eine Schulzuweisung bekommen, zu welcher Schule die Schulzuweisung erfolgt und wann der Schulbeginn vorgesehen ist. Dies gilt auch für alle Schüler über 16 Jahre.

Allgemein wird die Zusammenarbeit in den genannten Punkten als konstruktiv eingeschätzt.

3. Ist es richtig, dass die Vermittlung junger Flüchtlinge an die Schulen aus finanziellen Gründen nicht mehr durch das Amt für Bildung, sondern durch das Staatliche Schulamt Mittelthüringen erfolgt bzw. liegen andere Gründe dafür vor?

Nein. Die Stadt Erfurt ist für die Erfüllung der Aufgabe nicht zuständig, jedoch bereit Amtshilfe zu leisten.

In Bezug auf die bereits unter Pkt. 1 erfolgte Schilderung bzgl. der zunächst durchgeführten Amtshilfe in der Arbeitsaufgabe und dem Anstieg des Arbeitsvolumens wurden mehrfach Gespräche mit dem SSA geführt, inwieweit eine personelle Unterstützung von Seiten des SSA zur Durchführung der Aufgabe in Erfurt möglich ist. Ein Ergebnis konnte nicht erzielt werden, sodass die Aufgabe im Januar 2017 vollständig und umfänglich an das SSA abgegeben wurde und seitdem in Weimar erledigt wird.

4. Welche Verfahrens- und Lösungsvorschläge haben Sie für diese Gründe und wie stellt sich die Stadtverwaltung Erfurt die Vermittlung von jungen Flüchtlingen auf Schulplätzen in Erfurt in Zukunft vor?

Zur Zeit wird an einer Vereinbarung zwischen dem Freistaat Thüringen und der Stadt Erfurt gearbeitet, welche zukünftig regeln soll, wie eine Koordination der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache in Erfurt erfolgen soll.

Die Herausforderung dabei ist, dass neben einer Erreichbarkeit vor Ort zwei unterschiedliche Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten zusammengeführt werden müssen:

- die Stadt Erfurt als kommunaler Schulträger kümmert sich um die räumliche und sächliche Ausstattung und die Schülerbeförderung,
- das Land Thüringen zeichnet sich für die Zuweisung der Schüler in die Schulen und den Lehrereinsatz verantwortlich.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen wie z. B. welche Kinder schulpflichtig sind, inwieweit wann reagiert werden muss, wenn Schüler innerhalb Erfurts umziehen oder welche Zugangsvoraussetzungen es für die Schulen und BVJ –S geben muss, sind durch das TMBJS transparent zu beschreiben.

5. Gab es in den letzten 6 Monaten Fälle von jungen Flüchtlingen, die länger als gesetzlich vorgeschrieben auf Ihren Schulplatz warten mussten und falls ja, wie viele und warum?

Auf der Basis einer Zuarbeit an das SSA im Januar 2017 wartete kein schulpflichtiges Kind länger als die gesetzlich vorgeschriebene Zeit auf einen Schulplatz.

Bei der Übergabe des Amtes für Bildung an das Schulamt wurden die Kinder mit einer Priorität vermerkt, die sofort einen Schulplatz im Januar/Februar benötigen, da die Wartefrist fast abgelaufen war.

Da die gesamte Koordination seit Jahresbeginn ausschließlich vom SSA organisiert ist, kann das Amt für Bildung keine Aussage darüber treffen, inwieweit Wartezeiten für schulpflichtige Schüler länger als gesetzlich vorgeschrieben waren und welche Gründe es ggf. für die Verzögerung der Beschulung gab.

Schüler über 16 Jahre haben keine gesetzlich festgeschriebene Schulpflicht."²

Der Fragesteller und Ausschussvorsitzende, Herr Hose, bedankte sich für die Ausführungen.

zur Kenntnis genommen

7.3. Sonstige Informationen

1.

Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben, kritisierte die ihm vorliegende Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache 0143/17, Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuS vom 11.01.2017 - TOP 8.2. Sportplatz Kerspleben (Drucksache 2668/16). Für ihn ist das kein sachlicher Grund für eine Vertagung. Die Stadtverwaltung hat in der Ausschusssitzung die festgelegte Terminstellung zugesagt.

Der Abteilungsleiter Dezernatskoordinierung/ Sitzungsdienst verwies darauf, dass der Sachverhalt eine Angelegenheit für die Sitzung am 03.05.2017 sei und verwies auf das hier fehlende Antragsrecht des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben.

Daraufhin übernahm Herr Hose, Ausschussvorsitzender, die Fragestellung.

Der Abteilungsleiter Dezernatskoordinierung/ Sitzungsdienst verlas die Stellungnahme des Erfurter Sportbetriebes zur Drucksache 0143/17. Die nicht rechtzeitig vorzulegende Stellungnahme wurde damit begründet, dass eine Vorverlegung des Ausschusses für Bildung und Sport vom 10.05.2017 auf den 03.05.2017 erfolgte.

Der Ausschussvorsitzende nahm die Aussagen zur Kenntnis und teilte mit, dass es den Ausschussmitgliedern obliegt, wie sie nächste Woche damit umgehen. Der Stellungnahme sei

² redaktionelle Anmerkung:

Die Stellungnahme zur Drucksache 0677/17 wurde allen Ausschussmitgliedern am 28.04.2017 übergeben und ist im Bürgerinformationssystem unter der Drucksache sichtbar.

zu entnehmen, dass die Antwort dann am 10.05.2017 den Ausschussmitgliedern vorliegen wird.

2.

Herr Henkel hinterfragte den Stand der Schulartänderung der Grundschule Kerspleben und der Regelschule Kerspleben in eine Gemeinschaftsschule.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hose, übernahm die Fragestellung.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, informierte über die noch verwaltungsinternen Klärungen und äußerte auf Nachfrage von Herrn Hose, dass die Schulleiterinnen am Verfahren beteiligt sind, es auch Veranstaltungen in Kerspleben gab und dass mit einer möglichen Sondersitzung des Ausschusses für Bildung und Sport zu rechnen sei, da die Sitzung am 03.05.2017, die vorbereitende Sitzung für den Stadtrat am 14./15.06.2017 ist.

gez. M. Hose
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in